

Elkuch: «Wichtig ist, dass das Volk über das SPL-Paket entscheidet»

Soll die staatliche Pensionskasse neu ausgerichtet werden? Gegner und Befürworter kreuzten die Klingen.

Daniela Fritz

Ihr Hauptziel hat die Referendumsgruppe mit der Abstimmung zur Neuausrichtung der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) bereits erreicht. «Grundsätzlich ist mal wichtig, dass das Volk überhaupt darüber befinden kann», betonte Herbert Elkuch, DpL-Abgeordneter und Kopf der überparteilichen Referendumsgruppe, im Videoduell des Vaduzer Medienhauses. Für Elkuch muss die Entscheidung, ob das damalige Darlehen der staatlichen Pensionskasse «geschenkt» werden soll, beim Volk liegen. Auch 2014 sei schliesslich abgestimmt worden.

Sein Kontrahent, Regierungschef Daniel Risch, wies darauf hin, dass das Volk 2014 nicht über das Darlehen ab-

gestimmt habe, sondern nur über dessen Verzinsung. Seiner Meinung nach wäre es damals besser gewesen, man hätte die Pensionskasse gänzlich ausfinanziert, als einen Teil über ein zinsloses und unbefristetes Darlehen zu lösen. Es sei schon damals absehbar gewesen, dass eine Rückzahlung unwahrscheinlich ist. Dementsprechend haben das Land und die angeschlossenen Betriebe das Geld bereits abgeschrieben.

Umverteilung sei das eigentliche Problem

Aber für Risch ist das ein Nebenschauplatz: «Wir haben ein Problem mit der Umverteilung.» Dem soll das Massnahmenpaket nun entgegenwirken – der Konstruktionsfehler des Darlehens soll dabei ebenfalls behoben werden.

Bei einem Nein verschiebe man das Problem nur auf spätere Legislaturen, warnte der Regierungschef. Die SPL habe derzeit zwar kein unmittelbares Problem. «Aber ich vergleiche es gerne mit einem Wasserleck. Das sollte man gleich richten und nicht darauf warten, bis das Wasser überall durchdringt», so Risch. «Ich bin überzeugt, das zeigen auch die Expertenberichte, mit dem Paket haben wir das Problem nachhaltig gelöst.»

«Man nimmt niemandem etwas weg, wenn man Nein stimmt. Es bleibt einfach das Bestehende so, wie es bisher ist», plädierte hingegen Elkuch dafür, das Massnahmenpaket abzulehnen. Die SPL habe sich mittlerweile auf einen Deckungsgrad von 101,8 Prozent hochgearbeitet. Elkuch glaubt, dass diese Entwicklung sich fortsetzen und

das Darlehen irgendwann zurückbezahlt werden könnte. Risch entgegnete, dass dies die SPL im Vergleich zu anderen Pensionskassen aber immer wieder nach hinten werfen würde.

Auch an der Ausfinanzierung der Renten nach 2014 stört sich die Referendumsgruppe. Den Staat würde dies 40,1 Millionen, die staatsnahen Betriebe 6,6 Millionen Franken kosten. «Das ist eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Pensionskassen und Rentnern», so Elkuch. Er erachtet dies auch nicht als notwendig, um die Pensionskasse zu sichern.

Risch wiederum betonte, dass der Staat hier vor allem als Arbeitgeber in der Pflicht sei. Wenn eine andere Pensionskasse in Schieflage geraten würde, müssten ebenfalls die Arbeitgeber einspringen. **3**